



Leider profitieren alle!

Von Marko Grosa, Landesvorsitzender der GdP Thüringen

„Es gibt keine Gewerkschaften, ich merke sie nicht!“, hat ein benachbarter Inspektionsleiter zu mir gesagt, der selbst nicht organisiert ist und für seine persönliche Unzufriedenheit die Gewerkschaften verantwortlich macht. „Solange wir für Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit noch jemanden freistellen, können wir auch noch ein paar hundert Beamte einsparen“, hieß es weiter. Ich bedauere, dass es Polizeibeamtinnen und -beamte gibt, die einen so denkenden Dienststellenleiter aushalten müssen. Wenn es irgendwie ginge, würde ich gern machen, dass von all dem, was wir durch unsere Stellungnahmen und Diskussionen mit der obersten Polizeiführung und in den Tarifverhandlungen erreichen, ausschließlich Gewerkschaftsmitglieder profitieren! Leider genießen aber regelmäßig auch die anderen vom Erreichten bzw. müsste man richtigerweise bei denen „schmarotzen“ sagen, die dann auch noch auf die Gewerkschaften schimpfen!



Tarifkommission berät die Forderungen.

Foto: Pape

Dennoch verstehe ich die durchaus berechtigte Kritik von vielen Inspektionsleitern darüber, dass sie zu Personalentscheidungen nicht befragt werden und dass es noch immer nicht gelingt, Personalentwicklung und Überlegungen über zukünftige und längerfristig angelegte Dienstpostenbesetzungen gemeinsam anzustellen. Der Trend geht tatsächlich dahin, Besetzungsprobleme nur für ein Quartal oder ein halbes Jahr zu lösen, und dies ist freilich dort besonders schlimm, wo eine Polizeidirektion von zwei Personalmiezen geführt wird! – Aber selbst wenn diese Erkenntnis in der GdP vorliegt, gibt es nicht

für jedes Führungsproblem eine gewerkschaftliche Lösung.

So gibt es auch nicht für alle Bedenken, die wir mit der Reform haben, eine gewerkschaftliche Lösung, aber es gibt eine Menge Politiker, die unsere Sorgen und Verbesserungsvorschläge sehr ernst und in die eigene Argumentation übernehmen. So hatten wir vor wenigen Wochen Gelegenheit für Rede und Antwort im Thüringer Landtag. Unsere Stellungnahme war eine Zusammenfassung aller Beiträge von vielen fleißigen Fachausschussmitgliedern, die wir nun endlich auch mal einbeziehen konnten. Als der Gesetzentwurf erstmalig auf den Markt kam, hatten die Verantwortlichen der GdP nur Stunden Zeit, um zu der jeweilig aktualisierten Fassung Position zu beziehen. Wer da meint, man hätte im großen Kreis alles besprechen können, der weiß schlichtweg nicht, wie fix sich solche Entwürfe scheinbar von selbst fortschreiben. Aber es ist auch der kleinen GdP-Arbeitsmannschaft gelungen, die vielen gravierenden Fehler und Kopierversuche aus dem Gesetzentwurf eines anderen Bundeslandes im Keim zu ersticken. In den ersten Fassungen enthielt der Gesetzentwurf sogar Regelungen für Angelegenheiten, die in der Thüringer Polizei gar keine Rolle spielen. Bei der Anhörung galt es nun, sich an der schriftlichen Stellungnahme entlang zu hangeln und die aufgezeigten Schwachstellen mit Beispielen zu unterlegen. Die Auffassung darüber, was dort hätte stattfinden müssen, war vergleichbar verschieden, wie die Wahrnehmung zu dem, was und wie es gesagt wurde. So gab es sehr viel Lob und tolle Aussagen von GdP-Mitgliedern, sich darin gestärkt fühlen, ihren Beitrag in die richtige Gewerkschaft zu zahlen. Es gab aus den eigenen Reihen aber auch GdP-Aktionäre, die sich bei so einem Landesvorsitzenden dafür schämten, Mitglied der GdP zu sein, und dies dann in eigenen Schriftstücken so auch veröffentlichten.

Mit der Wahrnehmung ist das so eine Sache, wenn man selbst davon überzeugt ist, dass nur Gebrüll und Zerschlagen von Mobiliar mit heftigsten Attacken auf den Minister zum Erfolg führen, egal ob die

Angriffe berechtigt sind oder nicht. Unser wirklicher Gegner war aber gar nicht da. Wir kämpfen gegen die Fortsetzung des geplanten Stellenabbaus in unserer Polizei. Das haben wir deutlich gemacht und übereinstimmend mit den zwei anderen Gewerkschaften aufgezeigt, dass die vorgelegte Struktur bei einer weiteren Reduzierung des Personals nichts bringen wird. Im Kampf um jede Haushaltsstelle für unsere Polizei dürfen wir den Innenminister als offen erklärten Verbündeten ansehen. Warum soll er dann dafür geohrfeigt werden, dass sich unser Finanzminister scheinbar noch gar nicht für unsere Warnungen interessiert? Wir werden uns in den nächsten Wochen medienwirksam darum kümmern, dass es ihn interessiert, in dem wir die Öffentlichkeit wieder einmal darüber aufklären, was wir als Polizei heute schon alles nicht mehr leisten können!

Wenn wir aber fortgesetzt Gehör finden wollen, müssen wir uns an der Realität orientieren. Man will uns mehr als 800 Stellen streichen und ein realistisches Ziel besteht darin, dies zu verhindern. Dabei darf man auch nicht ausblenden, dass wir eine beachtliche Zahl an Planstellen ohnehin nicht besetzt haben.

Eine Forderung von tausend zusätzlichen Stellen für die Thüringer Polizei, wie sie manche formulieren, ist aber völlig unrealistisch! Liebe Kolleginnen und Kollegen, Phantasten lässt man zwar reden, aber sie werden nicht gehört!

In den nächsten Tagen werden wir unsere Aktionen in der Tarif- und Besoldungsrunde 2011 starten. Wir können aus gegebener Veranlassung, neben den Kostensteigerungen der Lebenshaltung, Energie und für das Gesundheitssystem auch deshalb ein Stück vom Aufschwung fordern, weil wir mit immer weniger Beamtinnen, Beamten und Tarifbeschäftigten immer mehr leisten müssen. Die wenigen Prozente mehr Gehalt wiegen die mehr geleistete Arbeit durch unbesetzte Stellen längst nicht mehr auf. **Wir kämpfen für etwas, was uns allen hilft, und nur gemeinsam sind wir stark! Ich bitte euch deshalb alle, die geplanten Maßnahmen bestmöglich zu unterstützen!**

Euer Landesvorsitzender



Fachausschuss Verkehr hat beraten

Am 18. November 2010 traf sich der Fachausschuss (FA) Verkehrspolizei zu einer turnusmäßigen Tagung in der Geschäftsstelle der GdP in Erfurt. Zum 6. Landesdelegiertentag des Landesbezirkes der GdP Thüringen wurden elf Kolleginnen und Kollegen für den FA Verkehrspolizei auf Vorschlag der Kreisgruppen gewählt.

Neben einer Reihe von „Altmitgliedern“ kamen auch einige neue Kollegen hinzu.

Turnusmäßig mussten nun Wahlen zum Vorsitzenden, dem Stellvertreter und Schriftführer durchgeführt werden.

Es wurden gewählt:

Vorsitzender:

Werner Bloch, VPI Jena

Stellvertreter:

Ullrich Köhler, PI SOK

Schriftführer:

Babette Blazeowsky, ZBS Artern/PD NDH und Matthias Wöhner, VPI Suhl.

Allen hier Gewählten die herzlichsten Glückwünsche und viel Erfolg in der gemeinsamen Arbeit für die Interessen unserer Mitglieder.

Der Wahlvorgang war aber nur der eine Teil der Zusammenkunft.

Wichtiger und dringend notwendig war die Diskussion der Mitglieder zu den im

Teilprojekt II zur Polizeistrukturreform (PSR) gemachten Vorschlägen über die weitere polizeiliche/verkehrspolizeiliche Arbeit.

Das Teilprojekt II – untere Führungsebene – erarbeitete Vorschläge über eine künftige Organisation und strukturelle Gliederung von Dienststellen mit deren Aufgabenzuweisung.

Aus dem vorliegenden Arbeitspapier geht hervor, dass perspektivisch die verkehrspolizeiliche Arbeit in den Landespolizeiinspektionen (LPI) nach der derzeitigen Form nicht mehr machbar ist.

Die Verkehrspolizeiinspektionen (VPI) sollen aufgelöst werden.

Für die Zuständigkeit der Bundesautobahnen (BAB) in Thüringen soll eine Autobahnpolizeiinspektion (API) mit nachgeordneten Stationen gebildet werden, deren Zuständigkeit sich nur auf die BAB beschränkt.

Für die verbleibenden Flächendienststellen soll in den LPI'en im Bereich Einsatzunterstützung die Verkehrsüberwachung strukturiert werden, die über eine Personalstärke von gesamt 119 Beamten, also pro LPI noch 17 Beamte, verfügen soll. Diese Beamten sollen als „Technische Verkehrsüberwachung“ und als „Kontrollgruppe gewerblicher Personen- und Güterverkehr“ den Hauptteil der verkehrspolizeilichen Arbeit in der Fläche abdecken. Alle Polizeivollzugsbeamten der LPI'en sollen demnach die gesamte verkehrspolizeiliche Arbeit – Verkehrskontrollen, Verkehrsunfallaufnahme, Verkehrseinsätze bei Veranstaltungen – absichern. Diese Vorstellung wird durch den Fachausschuss als utopisch und nicht umsetzbar angesehen.

Es muss eindeutig eingeschätzt werden, dass die verkehrspolizeiliche Arbeit in den Schutzbereichen damit gegen null tendiert. Gleiches gilt auch für die präventive Arbeit im Verkehrsbereich – Verkehrssicherheitsberatung.

In einer dringend notwendig gewordenen zweiten Sitzung im Januar 2011 erarbeitete der FA eine Stellungnahme als Zusammenarbeit zur Argumentation für den Landesvorstand gegenüber der Politik, in welcher konkrete Vorschläge für eine weitere Organisation verkehrspolizeilicher Arbeit auf den BAB und in den Schutzbereichen unterbreitet wurden.

Dies sind im Einzelnen:

1. Wenn eine API mit nachfolgenden Stationen errichtet werden soll, dann muss diese über das entsprechende Personal

und die entsprechende technische Ausstattung verfügen. Hierzu zählt neben den Vollzugsbeamten auch eine entsprechende Zahl an Tarifbeschäftigten und für die aufzubauende Verwaltung die entsprechenden sach- und fachkundigen Verwaltungsbeamten.

2. Wenn die VPI'en als eigenständige Dienststellen aufgelöst werden sollen, dann wäre die Errichtung eines Bereiches „Verkehrsüberwachung“ innerhalb der LPI mit

- Dienstgruppen BAB – Betreuung
- Technische Verkehrsüberwachung
- Kontrollgruppe gewerblicher Personen- und Güterverkehr
- Fahndungs- und Ermittlungsgruppe für BAB

zu prüfen. Damit wäre innerhalb der Struktur der LPI die verkehrspolizeiliche Arbeit in ähnlicher Form wie bisher, aber nicht als eigenständige Dienststelle, ge-



Die Mitglieder des Fachausschusses Verkehr Foto: Pape

währleistet. Verwaltungstechnisch obliegen die erforderlichen Tätigkeiten der LPI.

3. Mit Bildung der API und einer entsprechenden personellen und technischen Ausstattung wäre eine Betreuung der Schutzbereiche der LPI'en aus der API heraus mit TVÜ und Kontrollgruppe möglich (Betreuung der Planungsregionen Thüringens).

Der Fachausschuss Verkehrspolizei votiert für die Variante 2.

Erforderliche Präzisierungen für die Zuständigkeit der BAB – Betreuung, welche eventuell beachtet werden müssten, wären problemlos lösbar, erfordern aber immer wieder die notwendige personelle Untersetzung.

Die hier unterbreiteten Vorschläge finden bei einer Vielzahl der Gewerkschafts-

Fortsetzung auf Seite 7

 DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

Geschäftsstelle:
Juri-Gagarin-Ring 153
99084 Erfurt
Telefon: (03 61) 59 89 50
Telefax: (03 61) 5 98 95 11

Redaktion:
Edgar Große (Vi.S.d.P.)
PD Jena
Am Anger 30
Telefon: (0 36 41) 81-15 88
Telefax: (0 36 41) 81-15 94

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2828



Versprochen ist versprochen

Der DGB Hessen-Thüringen hat in seiner Presseerklärung vom 10. Januar 2011 die Landesregierung an ihr Versprechen erinnert, die 40-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamten im Freistaat wieder einzuführen.

Der Bezirksvorsitzende Stefan Körzell sagte: „Will sie nicht den Rest an Glaubwürdigkeit verlieren, dann muss die Landesregierung so schnell wie möglich handeln. Die Regierung muss die 40-Stunden-Woche für Beamtinnen und Beamte rückwirkend ab 1. Januar 2011 beschließen. „Alles andere wäre ein grober Vertrauensverstoß.“ Dies hat der DGB-Vorsitzende von Hessen-Thüringen auch in einem Brief an Ministerpräsidentin Lieberknecht und den stellvertretenden Ministerpräsidenten Matschie deutlich gemacht.

Regierungssprecher Zimmermann hat im Zusammenhang mit der Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und der Verlängerung der Lebensarbeitszeit von einem „Weihnachtsgeschenk“ gesprochen. Für die im Schichtdienst eingesetzten Polizeibeamten ist dieses Geschenk jedoch eine Rute. Obwohl der Gesetzentwurf noch nicht vorliegt, ist bereits durchgesickert, dass Thüringen bisher das einzige Land sein wird, in dem langjähriger Schichtdienst vom Dienstherrn nicht besonders honoriert wird.

Statt den Schichtdienst nun attraktiver zu machen und auch dadurch mehr Polizisten für den Streifen- und Einsatzdienst zu gewinnen, werden diese Beamten nun erneut demotiviert. Da helfen auch keine guten Wünsche des Innenministers und der Innenpolitiker am Heiligabend. Die Landesregierung und der Landtag insgesamt müssen sich zur Polizei und ihren Beschäftigten bekennen und ihnen das zugestehen, was in anderen Bundesländern längst üblich ist, so Marko Grosa, Landesvorsitzender GdP-Thüringen.

Nun hat die Landesregierung in den letzten Wochen mehrfach betont, wie gut Thüringen die Wirtschafts- und Finanzkrise gemeistert hat. Dies wäre ohne die gute Arbeit auch der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht möglich gewesen. „Das Mindeste wäre jetzt, den Beamtinnen und Beamten hierfür Anerkennung zu zollen und die versprochene 40-Stunden-Woche endlich einzuführen.“ Auf völliges Unverständnis des DGB Hessen-

Thüringen stoßen auch die Pläne, die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche an das Verlängern der Lebensarbeitszeit zu koppeln.

„Die Gewerkschaften im DGB lehnen die Pension mit 67 genauso ab wie die Rente mit 67“, so Körzell.

In allen anderen Bundesländern, die bereits eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit beschlossen haben, können Poli-

zeibeamte mit 20 und mehr Jahren Schichtdienst ein Jahr früher in Pension gehen als Polizeibeamte, die vorwiegend im Tagdienst eingesetzt werden. **Hat man diese Regelung im Thüringer Gesetz nur vergessen oder setzt sich hier eine schlechte Tradition fort?**

Hierzu erreichte uns auch folgender Leserbrief:

Was meinen Blutdruck zum Steigen bringt!

Langsam geht mir der Umgang unserer Landesregierung mit uns Thüringer Beamten richtig auf den Zeiger. Zwei Dinge machen mich derzeit richtig wütend. Erstens handelt es sich um die Absicht der Abschaffung des Übergangsgeldes von steuerfreien 4000 € bis 2015 (jährliche geplante Reduzierung um 800 €) und zweitens die Absicht, für Beamte die Lebensarbeitszeit erhöhen zu wollen.

Mit der Wiedereinführung der „40-Stunden-Arbeitswoche“ denkt die Thüringer Landesregierung, ihren Beamten ein ganz großes Geschenk gemacht zu haben. Doch undankbar wie ich wieder bin, freue ich mich gar nicht über das großzügige Geschenk meines Dienstherrn. Denn der Pferdefuß des menschenfreundlichen Aktes folgt wie immer in diesem Land prompt darauf.

Wenn wir, wie das in den anderen Bundesländern in Deutschland sonst üblich ist, nur noch 40 Stunden arbeiten müssen, könnte es uns ja – mit der gewonnenen Freizeit – zu gut gehen. Wir könnten uns dann vielleicht mehr unseren Familien oder Partnern widmen, Hobbys nachgehen oder uns in der gewonnenen Zeit einfach nur entspannen.

Aber die Rechnung wurde nicht mit unseren Dienstherrn gemacht. Man erhöht stattdessen die Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre. Wie das bei Polizeivollzugsbeamten aussehen soll, also wie viel länger sie arbeiten sollen, stand zum Zeitpunkt des Schreibens meines Beitrags (Mitte Januar) nicht fest. Gerüchten nach sollen Beamte des mittleren und gehobenen Dienstes bis zum 62. und die des höheren Dienstes bis zum 64. Lebensjahr länger arbeiten (oder so ähnlich).

Nun könnten einige denken, was regt der sich denn hier so auf. Andere Arbeitnehmer müssen auch bis zum 67. Lebensjahr arbeiten und das oftmals unter unwürdigeren Arbeits- und Lebensbedingungen als wir Beamte. Doch wer so denkt, denkt nicht richtig nach. Alles, was in diesem Land Stück für Stück an Sozialem plattgemacht wird, waren Errungenschaften, die unsere Eltern und Großeltern erkämpft hatten. Diese werden jetzt allmählich kampf- und widerspruchslos wieder preisgegeben. Wie weit wollen wir noch zurückgehen? Morgen führen wir vielleicht den 16-Stunden-Arbeitstag und Fronarbeit wieder ein und bekommen das Gehalt in Naturalien? Wir als Beamte sind es ja gewohnt, „Kröten“ unseres Dienstherrn zu schlucken. Schon oftmals haben wir uns auf faule Kompromisse eingelassen. Ich denke hier nur an die Einführung der „42-Stunden-Arbeitswoche“. Diese hatte bekannterweise gerade bei den älteren Beamten für sehr viel Frust gesorgt. Viele, so auch ich dachten jedoch: „Arsch zusammenkniffen und durch.“ Man hatte uns in Aussicht gestellt, ihr arbeitet zwar jetzt zwei Stunden in der Woche länger, wir erhöhen euch dafür aber nicht die Lebensarbeitszeit. Konkret sagte uns dies der damalige Staatssekretär des Thüringer Innenministeriums, Herr Baldus, anlässlich einer Mahnwache vor dem Thüringer Landtag. Obwohl ich wusste, dass dies ein schlechter Kompromiss ist, fand ich mich schließlich mit der Tatsache ab. Ich hatte mein Ziel vor Augen, mit über 40 Dienstjahren, als 60-Jähriger, in meinen verdienten Ruhestand gehen zu können. Wieder hatte ich

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

aber die Rechnung nicht mit der wortbrüchigen Thüringer Landesregierung gemacht. Deswegen fühle mich von ihr schwer getäuscht.

Ich bin der Meinung, eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit, der Abschaffung des Übergangsgeldes und der Nichtberechnung der Zulagen hat nichts mit Demographie, Einsparung, Abwanderung aus Thüringen, Immer-älter-werden der Bevölkerung oder ähnlichen Quatsch zu

tun, wohl aber mit Anstand und Anerkennung von Lebensleistung durch die Politik. Dafür sollte auch unsere Gewerkschaft fest einstehen und darum kompromisslos kämpfen.

Ich möchte meinen kurzen Artikel mit einem Gleichnis schließen. Dieses hatte ich in meiner Jugend im Konfirmandenunterricht von so einem scheinheiligen Pfaffen gehört, wie sie jetzt wieder verstärkt besonders hier im Lande anzutreffen sind. Es scheint mir aber gut zum Thema zu passen. „Ein Bettler war voller Wunden. Flie-

gen saßen darin und sogen ihn aus. Da kam ein Mensch, der sagte, ich will barmherzig mit dir sein, und jagte alle Fliegen weg. Aber der Bettler schrie, was machst du da, diese Fliegen waren beinahe voll und satt, so dass sie mir nicht mehr so wehe taten. Nun kommen die hungrigen an ihrer statt und werden mich noch viel übler plagen!“. Wie schon gesagt, so sehe ich das auch mit der Erhöhung der Lebensarbeitszeit und all den andren Kröten.

Detlef Hartmann
Vorsitzender der Kreisgruppe Gera

Soll man schmunzeln oder heulen?!

Hallo Kolleginnen und Kollegen,

recht mystische Dinge gehen manchmal vor im Hause am Rande des Steigerwaldes in Erfurt. Hatte man sich vor Jahren darauf besonnen, in bestimmten Beschaffungsfragen auch mal die direkten Nutzer und die Personalvertretung einzuschalten, bevor irgendwelche Dinge ausgeschrieben und beschafft wurden, so scheinen diese Zeiten verronnen zu sein und das hohe Haus zieht sich auf seine alleinige Fachkompetenz zurück.

Ich habe doch relativ lange überlegt, wie man den Unsinn, den es bei uns in der Thüringer Polizei zum Teil gibt, in einem Artikel für unsere Zeitschrift zusammenschreibt. Ich versuche es halt einmal. Es geht um die Beschaffung der jetzt ca. 170 geleasteten Funkstreifenwagen der Mercedes-C-Klasse.

Wieder einmal, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde in der Thüringer Polizei etwas beschafft, was weder praktisch noch nachvollziehbar ist!

Diejenigen, die ihren Arbeitsaufgaben täglich in diesem Gefährt nachkommen müssen, wurden diesmal nicht nach ihrer Meinung befragt, ein abgegebener Erfahrungsbericht zum Thema Auto als täglicher Arbeitsplatz nicht berücksichtigt.

In der modernen Kultur sagt man ja zu unseren Funkstreifenwagen, dass es sich um einen „Arbeitsplatz“ handeln würde.

Wenn dies alles so wäre, wie behauptet, stellt sich die Frage, wann der Dienstherr eigentlich vor einer Beschaffung endlich mal wieder seiner gesetzlichen Pflicht nachkommen will und gemäß der §§ 74 Abs. 2 Satz 5 bzw. Satz 9 und 75a Abs. 2 Satz 8 ThürPersVG der Hauptpersonalrat der Thüringer Polizei beteiligt wird. Jetzt einmal zum eigentlichen Problem: Wir haben, wie eingangs schon erwähnt, eine neue Flotte von FstW's bekommen, bei welchen die komplette



Mercedes mit MPI-Fach im Rücksitz

Anhaltekeile in diesem Fach untergebracht werden konnten. Von der Funktionalität ganz zu schweigen!

Wir durften erleben, was bei den Herstellern alles geht, wenn die Ausschreibungskriterien bzw. die Leistungsbeschreibungen an der Praxis orientiert und deutlich formuliert sind. Augenscheinlich ist das aber durch unsere Beschaffer bzw. bei der vorgesetzten Dienststelle so nicht gewollt, denn das so genannte Fachreferat 42 hat dem Leasing einer absolut praxisuntauglichen Variante zugestimmt.

Im Gegenteil. Man setzt noch einen drauf!

Bei den letzten Mercedes war noch ein Kollege in der Lage, einen Teil der Rück-

Rücksitzbank umgelegt werden muss, nur um an das MPI-Fach zu gelangen.

Wenn es nicht um unsere Sicherheit ginge, könnte man über so einen Schildbürgerstreich sicher lachen. Aber es geht um unsere Sicherheit, und da hört aller Spaß auf!

In der PD Erfurt haben wir in der laufenden Leasingzeit einen BMW erleben dürfen, bei welchem das MPI-Fach in der Seitenverkleidung der Beifahrertür eingebaut wurde. Dazu hatte man sich richtig Gedanken gemacht, so dass nicht nur die MPI, sondern auch die Taschenlampe, das Handsprechfunkgerät sowie die



BMW mit seitlichem MPI-Fach

Fotos: Kreisgruppe



Hier konnte noch ein Teil umgelegt werden.



FORUM

sitzbank (diese musste dazu aber frei sein) zurückzuklappen um an das MPI-Fach zu kommen. In der neuen Version, und diese ist auch schon da, müssen beide Teile der Rücksitzbank zurückgeklappt werden, um an dieses Fach zu gelangen. Dies wird aber nur unter erschwerten Bedingungen und unter Einsatz von zwei Kollegen möglich sein.

Man stelle sich vor, die Rücksitzbank ist durch Einsatzutensilien belegt. Im plötzlichen Ernstfall würde dies bedeuten: Beide Beamten steigen ganz flink aus, öffnen beide hinteren Seitentüren, räumen die Rücksitzbank ab, legen die Rückenlehne um. Dann öffnet einer der Kollegen das MPI-Fach, während der/die andere sichert..., wenn es da nicht schon

zu spät ist. Oder was passiert, wenn sich ein „Delinquent“ auf dem Rücksitz befindet und die MPI gebraucht wird? Wo und wie „parkt“ man den dann solange? Ich möchte daran erinnern – die Rückbank muss von zwei Kollegen umgelegt werden!

Wollen wir hoffen, dass so ein Fall nie eintritt?!

Für die Kollegen in den Fachreferaten, die augenscheinlich nicht wissen, wovon ich eigentlich berichte, habe ich die Problematik einmal bildlich dargestellt.

Unbedingt sollte sich das Thüringer Innenministerium gemeinsam mit der Zentralen Beschaffungsstelle der Bereitschaftspolizei vor einer Neubeschaffung von Fahrzeugen (und nicht nur diesen) wieder darauf besinnen, die Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich mit dem Einsatzmittel arbeiten müssen, im Vorfeld einer Beschaffungsmaßnahme zu befragen und den zuständigen Personalrat zu beteiligen.

Das würde aber bedeuten, sich auf vergangene Zeiten zu besinnen. Manches war früher eben doch besser..., eben mystisch.

Olaf Alperstedt



Die Rückbank muss von zwei Kollegen umgelegt werden.

AUS DEM LANDESVORSTAND

70 Jahre und kein bisschen leise

Zum 70. Jubiläum des Vorsitzenden der Seniorenvertretung der Kreisgruppe Saalfeld, Siegfried Wäntig, wünschten alle anwesenden Freunde, Familie und Gäste vor allem Gesundheit sowie persönliches und familiäres Glück.

Neben der Familie und Freunden beglückwünschte im Dezember 2010 auch der Landesvorsitzende der Seniorengruppe, Dieter Johannes, Siegfried zu seinem Ehrentag. Er bedankte sich ganz herzlich für die zurückliegende konstruktive Zusammenarbeit und wünschte im Weiteren viel Gesundheit und noch viele Jahre im Kreise seiner Familie mit zwei Kindern und zwei Enkelkindern.

„Siegfried ist ein streitbarer und zuverlässiger Mitstreiter. Ich achte an ihm seine stetige Einsatzbereitschaft. Auch dankte Dieter seiner Ehefrau, die für seine ehrenamtliche Tätigkeit sehr viel Verständnis zeigt. Rainer Kräuter, Vorsitzender der Kreisgruppe Saalfeld, schätzt ihn als Gewerkschafter, Kollegen, Freund und Partner. Trotz Wohnsitz in

Gera prägt Siegfried seit 2001 bis heute die Seniorenarbeit in der Kreisgruppe Saalfeld. Im Namen des Landesvorstandes überreichte Monika Pape ein Präsent und dankte ihm an dieser Stelle für seinen Einsatz im Interesse der Kolleginnen und Kollegen.

Angeregt wurde über alte Zeiten, aber auch über die aktiven Unternehmungen des Jubilars geplaudert.

Neben den verschiedensten Stationen seines Berufslebens, das 1962 im Volkspolizeikreisamt (VPKA) Lobenstein begann, über die Besuche 1967–1970 der Fachschule in Aschersleben und der Hochschule MDI mit dem Abschluss als Diplomstaatswissenschaftler 1971 und 1972, bis zu seinem Ausscheiden 1990 fand Siegfried auch immer wieder Zeit seine Hobbys zu pflegen.

Hier standen und stehen immer noch die Natur mit all ihren wachsenden Kräutern und Bienenzucht an erster Stelle. Dieses Wissen gibt der Naturfreund gern anderen weiter und überrascht gern auch mit selbsthergestellten Leckereien als Mitbringsel.

Siegfrieds Lebensmotto lautet: „Ich werde 140 Jahre“ – nun dann lieber Siegfried – hierzu wünschen wir dir eine sorgenfreie Zukunft, Gesundheit und Zufriedenheit.



Dieter Johannes gratuliert recht herzlich. Foto: Pape



Die Kriminalpolizei für die Zukunft ausrichten

Positionspapier des Fachausschusses (FA) entwickelt. Am 26. Januar 2011 setzte der FA Kriminalpolizei die Arbeit der letzten Wochen fort und traf sich zur Endformulierung des Positionspapieres „Die Kriminalpolizei für die Zukunft ausrichten“ in der Landesgeschäftsstelle.

Zu Beginn stellte der Vorsitzende auf die Anhörung im Innenausschuss am 21. Januar 2011 ab und erläuterte dabei den durch den Landesvorsitzenden erläuterten Standpunkt zur Kriminalpolizei.

Wohlthuend für die in der Kriminalpolizei organisierten Kollegen der GdP war die Feststellung vor den Landespolitikern und dem Innenminister sowie der kompletten Führungsspitze der Thüringer Landespolizei, dass die GdP einen sehr gut aufgestellten FA Kriminalpolizei hat, der in jeder Kriminalinspektion und dem LKA vor Ort vertreten ist.

In den nächsten Tagen wollen wir zunächst unser Positionspapier abschließend redaktionell überarbeiten. Im nächsten Schritt wollen GdP-Kriminalisten diese und weiterführende Gedanken mit den Innenpolitikern direkt besprechen. Der Polizeiführung sind die wesentlichsten Standpunkte der GdP zur Kriminalpolizei bekannt. Dabei spricht sich die GdP dafür aus, die Bearbeitung von Straftaten in einem Verantwortungsbereich zu konzentrieren. Der FA Kriminalpolizei hat diesen Standpunkt mit weiterführenden Gedanken in seinem Positionspapier untersetzt und setzt sich damit nachhaltig für den Ausbau des Dienstzweiges Kriminalpolizei ein und sieht Möglichkeiten der Optimierung der Ar-

beit und Steigerung der Effizienz. Nach wie vor bleibt festzustellen, dass die Fortbildungskapazitäten in der Thüringer Polizei bei weitem nicht ausreichen, die Ermittlungsbeamten, die in der Kriminalpolizei und in den Ermittlergruppen tätig sind, entsprechend ihres Aufgabengebietes weiterzubilden. Die Entwicklung des Zustandes wird vom FA äußerst kritisch

den die täglich anfallenden notwendigen administrativen Arbeiten – auch Büro- und Schreivarbeiten – ausreichend durch Kolleginnen und Kollegen im Arbeitnehmerverhältnis abgedeckt werden, würde damit eine weitere Effizienzsteigerung in der Bekämpfung der verschiedensten Kriminalitätsphänomene einhergehen.

Der FA Kriminalpolizei sieht sich in einer Vielzahl von Auffassungen mit dem Bund der Kriminalisten deckungsgleich. Dabei ist erklärtes Ziel, dass wir uns mit dem Bund der Kriminalisten darüber verständigen, wo konkret die gemeinsamen Standpunkte liegen und welche Möglichkeiten es gibt, trennende Standpunkte zu verhandeln und sich dabei anzunähern. Der Dienstzweig Kriminalpolizei sollte dabei mit einer Sprache und klaren Forderungen an die Polizeiführung und an die Politik vertreten werden.

Rainer Kräuter



Die Mitglieder führen rege Diskussionen.

Foto: Pape

begleitet. Eine positive Entwicklung ist nicht erkennbar. Der FA vertritt die Auffassung, dass im Rahmen der Ausbildung zum gehobenen Polizeivollzugsdienst eine Spezialisierung für eine spätere kriminalpolizeiliche Verwendung erfolgen muss (Y-Ausbildung).

Die Kolleginnen und Kollegen im FA Kriminalpolizei haben auch klare Auffassungen für die Arbeitnehmer in der Kriminalpolizei entwickelt. Dabei ist die Situation der personellen Ausstattung mit Arbeitnehmern in der Kriminalpolizei für den FA nicht hinnehmbar. Wür-

SERVICE

Absolventen gesucht

Hallo ehemalige Absolventen der OHS „Artur Becker“ Dresden 1981, 2 OSK!

Es ist die Idee gereift, anlässlich des 30-jährigen Jubiläums ein Treffen in Dresden zu organisieren. Dieses Treffen soll am Freitag, 2. 9. 2011 mit folgendem Ablauf stattfinden:

- 11.00 bis 14.00 Uhr Besichtigung der ehemaligen OHS (jetzt LKA Sachsen)
- 15.00 bis 17.00 Uhr gemeinsame Dampferfahrt mit Ehepartnern
- 19.00 Uhr gemütlicher Abend

Ich bitte unsere ehemaligen Mitstreiter, ihre Zusagen an Jörg Kuske joerg.kuske@mi.sachsen-anhalt.de zu senden. Also meldet euch und sagt es weiter!

Siegfried Kolb



100 Jahre Frauentag – der Landesvorstand gratuliert recht herzlich.



AUS DEN KREISGRUPPEN

Die weiße Weihnachtszeit in Nordthüringen

Der Polizeiberuf ist ein harter und aufreibender Beruf. Deshalb sollten wir uns einfach mal Zeit für unsere Kinder nehmen und mit ihnen ein paar schöne Stunden verbringen. Am Samstag, dem 18. Dezember 2010, war es auch bei uns in der Polizei in Nordhausen am Darrweg wieder so weit: der Weihnachtsmann machte einen Abstecher, um den Kindern Geschenke zu bringen.

Es war wieder eine „schöne Bescherung“, da unser Weihnachtsmann ein wenig aus dem Nähkästchen plauderte und so auch alle Kinder überzeugt waren, dass der Weihnachtsmann alles sieht und hört.

In diesem Sinne gilt Dank unserem Weihnachtsmann alias Heinz Brüchner, der wirklich sehr gute Arbeit geleistet hat, und unsere Hoffnungen ruhen darauf, ihn im Jahr 2011 bei unserer Kinderweihnachtsfeier wieder begrüßen zu dürfen. Bedanken möchten wir uns auch wieder bei Frau Carola Willner „Kreativ & Bastelservice“, die wieder einmal dafür sorgte, dass noch letzte Geschenke gebastelt werden konnten.

Natürlich passte der Gedanke dieser Kinderweihnachtsfeier von der Kreis-

gruppe Nordthüringen in den Gedanken der IPA, und so unterstützte uns die Verbindungsstelle Nordhausen e.V. mit einem kleinen finanziellen Betrag und das eben nicht nur weil auch Kinder von Mit-

zu lassen. Alles Gute, vor allem jedoch Gesundheit für das Jahr 2011 und auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

Die Kreisgruppe Nordthüringen



Strahlende Kinderaugen sagen Danke!!

Foto: Kreisgruppe

gliedern teilnahmen. Finanzielle Unterstützung erfolgte ebenfalls durch den Landesbezirk Thüringen der GdP.

Ein herzliches Dankeschön von unserer Seite an alle, die es ermöglichten, die Kinderweihnachtsfeier wieder einmal zu einem unvergesslichen Ereignis werden

Fachausschuss Verkehr hat beraten

Fortsetzung von Seite 2

mitglieder Zustimmung. Jetzt ist es an der Politik, die Vorschläge der GdP generell zu prüfen und mit den Vorschlägen der Arbeitsgruppen abzuwägen, um die Grundlagen für eine gute polizeiliche – verkehrspolizeiliche – Arbeit zu schaffen.

Wir haben als Freistaat Thüringen in dieser Hinsicht einiges zu verteidigen.

Wir als Mitglieder der GdP sind zur Erfüllung der gestellten Aufgaben bereit und warten nur auf die Schaffung der erforderlichen Grundlagen – Polizeiorganisationsgesetz mit klaren Festlegungen.

Werner Bloch
FA Verkehrspolizei, Vorsitzender



In tiefer Betroffenheit nahm die Kreisgruppe Nordthüringen die Nachricht vom Tod des Kollegen

Kriminalhauptmeister

Frank Grunwald

* 7. 8. 1962

† 28. 1. 2011

auf.

Frank versah seinen Dienst in der KPI Nordhausen. Die Kreisgruppe und die Dienststelle verlieren mit ihm einen anerkannten und sehr beliebten Mitstreiter.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seiner Familie und seinen Freunden.

Wir werden Frank stets ein ehrendes Andenken bewahren.

für den Personalrat
Albert Heinecke

für die Kreisgruppe
Peter Horn

Anzeige

TAUSCHPARTNER GESUCHT

Ich bin Angehöriger der Bayerischen Landespolizei und verrichte meinen Dienst in der Dienstgruppe der PI Erlangen-Stadt (Raum Nürnberg/Erlangen/Fürth). Ich suche einen Tauschpartner aus Thüringen zum nächstmöglichen Termin. Tausch nach ganz Bayern möglich. Bei Interesse oder Fragen einfach melden. thomas.eichhorn@polizei.bayern.de oder 01 76/22 98 55 96.





Polizeiliche Kriminalstatistik

... in Sachsen

Wie jedes Jahr seit 1953 werden die Innenminister spätestens ab dem Monat Mai die PKS vorstellen. Der sächsische Innenminister wird wieder feststellen, dass die Kriminalität zurückgegangen ist und somit der Stellenabbau und die Organisationsänderungen der Polizei völlig richtig sind, und damit der Innenpolitik Recht geben. Dabei verkennt er vollkommen, dass die PKS eine sehr begrenzte Aussagekraft besitzt und kaum Anhaltspunkte für die tatsächliche Kriminalität im Erfassungsbereich bietet. Als Mittel zum Täuschen der Bevölkerung wird sie jedoch immer wieder missbraucht. Innenminister und Politiker vergessen absichtlich bei der PKS deutlich zu machen, dass hier nur das Hellfeld der Kriminalität betrachtet werden kann und somit nur ein Teil der Kriminalität erfasst wird. Wesentlich hängt die PKS vom Anzeigeverhalten der Bevölkerung ab. Wir wissen, dass ein großer Teil der Kriminalität gar nicht zur Anzeige gebracht wird. Hierfür gibt es unterschiedliche Gründe. In den Grenzregionen zählt sicherlich auch die Resignation der Bevölkerung schon dazu. Deutlich wird das in Meinungsäußerungen immer wieder. Ein weiterer Rückgang der statistisch erfassten Kriminalität ist in allen Komplexen der Kontrollkriminalität festzustellen. Mit einer personell immer weiter reduzierten Polizei wird im Bereich der Kontrollkriminalität weiterhin zu verzeichnen sein, dass eine Feststellung und die anschließende Verfolgung derartiger Straftaten nicht erfolgen kann und somit die statistischen Zahlen nichts über die tatsächliche Situation in diesen Deliktfeldern aussagen können. Das betrifft sowohl die Wirtschafts- als auch die meisten Felder der organisierten Kriminalität. Am Beispiel der BtM-Kriminalität wird das immer am besten erklärbar sein. Wenn keine Polizisten zur Verfügung stehen, um Rauschgifthandel festzustellen, wird die Anzahl derartiger Delikte immer weiter sinken. Ob die BtM-Kriminalität tatsächlich zurückgeht, darf jeder für sich selbst werturteilen. Wir werden weiterhin der Bevölkerung die Wahrheit über die PKS vermitteln, um der Politik dieses Täuschungsmanöver zu vermiesen.

Matthias Kubitz

... in Sachsen-Anhalt

Seit 57 Jahren gibt es nun einen bundeseinheitlichen Standard für eine ganz spezielle Statistik. „Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) ermöglicht das Kriminalitätsaufkommen bundesweit zu vergleichen. Die PKS ist eine Zusammenstellung aller der Polizei bekannt gewordenen strafrechtlichen Sachverhalte unter Beschränkung auf ihre erfassbaren wesentlichen Inhalte. Sie soll damit im Interesse einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung zu einem überschaubaren und möglichst verzerrungsfreien Bild der angezeigten Kriminalität führen.“ Damit das auch klappt, gibt es Richtlinien für die Führung der PKS. Aufgrund ständiger Neuerungen und Anpassung an die Deliktsfelder wird auch diese Richtlinie ständig überarbeitet und liegt in der Fassung vom 1. 1. 2011 vor. Hier gibt es auch schon die ersten Unterschiede zu den anderen Bundesländern, da speziell auf das im Land Sachsen-Anhalt verwendete System „IVOPOL“ eingegangen wird. Nun zu einem Problem: Staatsapparatdelikte werden in der PKS nicht erfasst. So gab es Ende 2007 erhebliche Probleme mit der Erfassung der politisch motivierten Kriminalität. Delikte der allgemeinen Kriminalität, die dem Definitionssystem politisch motivierte Kriminalität zuzuordnen sind, sind jedoch auch in der allgemeinen polizeilichen Kriminalstatistik zu erfassen. So waren die Fälle mit rechtsextremistischem Hintergrund um 55 Prozent zurückgegangen. Es gab einen Streit über die Erfassung. Weiteres Problem ist, dass es eine Statistik für das Hellfeld ist. Das Dunkelfeld wird komplett ausgeblendet und lässt an der Aussagekraft der Statistik zweifeln, wenn wir uns nur die Aufklärungsquote ansehen. Die PKS unterscheidet bei den Tatverdächtigen zwischen Deutschen und Nichtdeutschen. Nichtdeutsche Tatverdächtige sind für die Statistik Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Durch diese Festlegung werden in Personen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, als Deutsche erfasst. Hier wäre eine Aussage über die Integration und Straffälligkeit von Personen mit Migrationshintergrund schon recht interessant.

Jens Isensee

... in Thüringen

Die Grundlage für die Erfassung der polizeilichen Kriminalstatistik wird in Thüringen in den einzelnen Kriminalpolizeiinspektionen als Serviceleistung für die jeweilige Polizeidirektion gepflegt. Mit den Daten des Landes kriminalamtes ist damit der Thüringer Innenminister regelmäßig in der Lage, ein Bild über das Leistungsverhalten der Thüringer Landespolizei zu zeichnen, was natürlich nicht der wahren Leistung unserer Kolleginnen und Kollegen entspricht. Spannend ist die Feststellung, dass Politik regelmäßig in Jubel ausbricht, wenn der Gradmesser der Aufklärung bei ca. 70% liegt. Es erweckt durchaus den Eindruck, etwas Besonderes geleistet zu haben. Die Frage nach den verbleibenden ca. 30% unaufgeklärter Fälle wird gar nicht erst gestellt und wenn ja, dann kaum wahrnehmbar.

Dass hier das Anzeigeverhalten der Bürger eine wesentliche Rolle spielt, ist ein Argument – aber eben nicht das wesentliche. Anzeigeverhalten (Hellfeldkriminalität) – damit Kontakt zur Polizei – wird dort besser, wo der Bürger kurze Wege zu seiner Polizei hat und zwar unabhängig von der Tageszeit.

Wir sind zwar stolz auf unseren Platz 1 auf Bundesebene. Trotzdem sind wir verärgert darüber, was wir alles nicht mehr feststellen können, da aus personellen Zwängen kaum noch Kontrollen stattfinden. Fahndungsarbeit wird dabei mehr und mehr aus dem Dienstzweig Kriminalpolizei ausgegliedert.

Weil eben immer weniger Personal zur Verfügung steht, stehen die hier in Thüringen erfassten Fälle in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Leben in unserem Bundesland. Statt dessen wird mit einer geänderten Bekleidungs Vorschrift in der Polizei die Grundlage dafür gelegt, dass nun alle Dienstkräfte, außer Kriminalpolizei, also auch der Ermittlungsdienst in den Polizeiinspektionen zum Tragen der Uniform grundsätzlich verpflichtet sind, um der Bevölkerung ein Mehr an Polizei vorzuspiegeln. Das operativ taktische Element des Zivildienstes bei der Bekämpfung der Straßenkriminalität kommt dabei zunehmend weniger zum Einsatz.

Rainer Kräuter

